

Pressemitteilung FDP Ortsverband Langenfeld

Kitas retten und Träger entlasten

16. Dezember 2023

Die Kitas in Nordrhein-Westfalen befinden sich seit geraumer Zeit in einer prekären Lage. Preissteigerungen bei Energie und durch die weitere Inflation setzen die Einrichtungen stark unter Druck. Einige von ihnen stehen kurz vor dem finanziellen Kollaps, Schließungen drohen. Dieses Schreckgespenst geht auch in Langenfeld um. So besteht beispielsweise bei der Kita „Glühwürmchen“ am Brückentor eine Deckungslücke von 300.000 €.

„Geschlossene Kitas hätten katastrophale Folgen für die Familien in Langenfeld. Kinder verlieren ihren sozialen Halt und wichtige Bezugspersonen. Und Eltern fehlen Alternativen, um ihre Kinder bestmöglich betreuen lassen zu können“, sagt der Vorsitzende der FDP Langenfeld, Dr. Mirko Bange. „Die NRW-Landesregierung erreichen täglich Hilferufe der Träger, CDU und Grüne bleiben aber stumm und tatenlos. Die Überbrückungshilfe der Landesregierung in Höhe von 100 Millionen Euro wird in der derzeitigen Lage alleine nicht ausreichen.“

Das Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiz) ist in seiner aktuellen Fassung auf solch dynamische Lagen wie zurzeit nicht ausgelegt. Wir Freie Demokraten fordern deshalb, die Dynamisierung auf den 01.01.2024 vorzuziehen und die Mittel bereits deutlich früher als zum Start des neuen Kindergartenjahres am 01.08.2024 bereitzustellen. Dies ermöglicht eine flexiblere und rechtzeitige Anpassung der Finanzierung an die aktuellen Anforderungen, insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Turbulenzen. Die FDP-Fraktion NRW hat einen entsprechenden Gesetzentwurf in das NRW-Parlament eingebracht.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Langenfeld, Frank Noack, ergänzt: „Neben dem Fachkräftemangel ist die Finanzsituation eines der drängendsten Probleme unserer Kitas. Die Ursachen dafür sind bekannt: Preissteigerungen bei Energiekosten, die anhaltende Inflation sowie die hohen Tarifabschlüsse sorgen für Probleme in der Finanzierung, die auch den städtischen Haushalt stark belasten. Die Kommunen und mit ihnen die Kitas sowie die Eltern dürfen mit den Problemen nicht alleine gelassen werden. Mit der von der FDP im Landtag vorgeschlagenen KiBiz-Gesetzesänderung kann den Kita-Trägern die dringend und kurzfristig benötigte finanzielle Unterstützung ermöglicht werden. So schaffen wir für sie finanzielle Stabilität und für die Familien in NRW sichere Kitaplätze. Dies trägt auch zur finanziellen Entlastung der Kommunen bei. Diese Lösung ist denkbar einfach und schnell umsetzbar. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie im Interesse von Eltern und Kommunen dem FDP-Gesetzesentwurf zustimmt!“